

Niederschrift

zur 16. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 09.03.2016	18:30-21:10 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Käthe Radom Vertretung für Herrn Gerold Sachse

CDU-Fraktion

Uwe Koch bis 21.10 Uhr, Jürgen Teichmann Vertretung für Herrn Jens Hoffrichter

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer, Matthias Rudolph

SPD-Fraktion

Jürgen Luban

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz

Sachkundige BürgerInnen

Thomas Apitz, Jürgen Hajduk, Ute Berger

Verwaltung

Anke Marggraf, Andrea Arnold, Dr. Eckhard Fehse

Abwesend

SPD-Fraktion

Sebastian Rausch

Fraktion DIE LINKE.

Martin Gollmer, Gerold Sachse

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink

Sachkundige BürgerInnen

Steffen Wenzek

Verwaltung

Barbara Scharf

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Da der Vorsitzende, Abg. Rausch, verhindert ist, eröffnet der stellv. Vorsitzende, Abg. Rudolph die 16. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit wird festgestellt. Zur heutigen Sitzung sind 8 Mitglieder und 3 sachkundige BürgerInnen anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 10.2.2016

Zustimmung Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Es liegen keine Informationen zur heutigen Sitzung vor.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Beschluss über den Jahresabschluss 2014 gemäß § 82 der Brandenburgischen Kommunalverfassung 6/DS/256

Die Diskussion wird eröffnet.

Die Mitglieder hinterfragen zu mehreren Positionen und Planabweichungen.

Thomas Apitz bemerkt zunächst, dass im Jahresabschluss nicht ersichtlich ist, an welcher Stelle und in welcher Form Mittel für Instandhaltungsmaßnahmen eingespart wurden und sieht die Gefahr, dass auf Kosten der Unterhaltung der vorhandenen Infrastruktur Einsparungen realisiert werden und damit an der falschen Stelle gespart wird.

Frau Arnold: Dies ist eine Vielzahl an Maßnahmen und sehr kleinteilig.

Abg. Rudolph und Herr Thomas Apitz plädieren, auf Grund der erheblichen Planabweichungen (1,3 Mio Euro), für die Erstellung einer detaillierten Übersicht zur besseren Nachverfolgung. Frau Arnold sagt zu, einen entsprechenden Listenausdruck zu erstellen.

Abg. Radom hinterfragt zu den „Sonstigen Verbindlichkeiten“ – Anlage 1, Seite 39 Den größten Anteil bei den sonstigen Verbindlichkeiten bilden Zinsen gegenüber Kreditinstituten von 4,9 Mio €.....

Dr. Fehse: Dies sind reine Zinszahlungen für die Swaps, die bisher nicht geleistet wurden.

Des Weiteren hinterfragt sie zu den „Außerordentlichen Aufwendungen“ – Anlage 1, Seite 53 – Kostenlose Übereignung der Trink- und Abwasserleitungen an den Zweckverband.

Abg. Fischer: Es wurden Rückstellungen im Zusammenhang mit den Bescheiden für die Altanschließerbeiträge in Höhe von 500.000 € und für die Biogasanlage von 200.000 € gebildet, aber nicht für Zinszahlungen aus den Swap-Geschäften.

Hierzu berichtet **Dr. Fehse**, dass die Zinszahlungen in der Jahresrechnung mit berücksichtigt, nur nicht ausgezahlt wurden. Außerdem dürfen für Drohverluste keine Rückstellungen gebildet werden.

Des Weiteren moniert **Abg. Fischer**, dass die Formulierungen im Schlussbericht von Frau Scharf und auch im Rechenschaftsbericht des Bürgermeisters zum Jahresabschluss 2014 (siehe S. 31/32), was den Hergang der Swap-Geschäfte angeht, nicht korrekt dargestellt sind.

Abg. Koch merkt dazu an, dass es im Rechenschaftsbericht nicht um das Innenverhältnis geht. Der Bürgermeister handelt im Namen und im Auftrag der Stadt und das hat zunächst keine Auswirkungen auf den Jahresabschluss.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Themendiskussion nichts mehr mit dem Rechenschaftsbericht 2014 zu tun hat, worauf sich die Mitglieder verständigen, die TOP'e 7.1 und 7.2. zu vermischen.

Abg. Fischer führt darauf hin weiter aus, dass das Zinsänderungsrisiko, die Verlängerung der Swaps (Veränderung der Konditionen), eine Auflistung über die Marktwerte zum Stichtag 31.12.2014, die eingestellten Zahlungen und mögliche Zinszahlungen die daraus entstehen, im Rechenschaftsbericht völlig unzureichend dargestellt wurden.

Abg. Rudolph teilt die Meinung des Abg. Fischer und sagt, dass in früheren Berichten deutlich mehr auf diese Thematik eingegangen wurde (Darstellung der Marktwerte etc). Dieser Sachverhalt stellt aktuell das größte Risiko für den Haushalt der Stadt Fürstenwalde/Spree dar und ist kritikwürdig.

Er hinterfragt bei den Ausschussmitgliedern erneut nach einem Statement.

Abg. Anke hält es durchaus für notwendig, dass der Bürgermeister noch Zuarbeiten leisten muss, da bestimmte Fragen nicht geklärt sind.

Dr. Fehse weist daraufhin, dass der Jahresabschluss festgestellt und durch Frau Scharf geprüft wurde. Jetzt kann nur noch der Ausschuss tätig werden und eine eigene Stellungnahme abgeben.

Abg. Rudolph hinterfragt zur Thematik „Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden (Verschiebung der Zeilen in der Teilfinanzrechnung).

Frau Arnold teilt mit, dass dies ein Softwarefehler von DATEV ist und korrigiert wird, aber auf das Gesamtergebnis keinen Einfluss hat.

Herr Hajduk bezieht sich auf eine Mail an Frau Scharf zur Übertragung von Fördermitteln bei Bauprojekten (Altes Rathaus, Wohnheim etc.) in Folgejahre.

Hierzu wird sich darauf verständigt, die o.g. Thematik in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu behandeln und einen Vertreter vom FB 4 einzuladen.

Abg. Rudolph bittet die Verwaltung um Auflistung zu den Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren in Höhe von 1,3 Mio €, um welche Verfahren es sich hierbei handelt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt den geprüften Jahresabschluss 2014 gemäß Anlage.

Zustimmung Ja 6 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree entlastet den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2014.

Zustimmung Ja 6 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.2 Unterrichtung des Ausschusses über den Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 6/DS/255

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem Jahresabschluss 2015 der Stadt Fürstenwalde/Spree die Marktwerte der in den Jahren 2007-2011 mit der damaligen WestLB abgeschlossenen Derivatverträge im Anhang zu beziffern.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree nimmt den Beschlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 zur Kenntnis und schließt sich den darin enthaltenen Feststellungen an.

Zustimmung Ja 6 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.3 Einbringung des Haushaltsplanes 2016 einschließlich Finanzplanung 6/DS/248 für die Jahre 2016-2019

Dr. Fehse stellt den Mitgliedern anhand einer Präsentation, die Bestandteil der Niederschrift ist, die wesentlichsten Veränderungen zum Haushaltsplanentwurf (Stand 9.3.2016) dar.

Die Diskussionsbeiträge sind der Tonaufzeichnung zu entnehmen.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Inanspruchnahme des Kassenkredites

Dr. Fehse bezieht sich auf die Anfrage des Abg. Rudolph in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Lage des Kassenkredites und teilt anhand der Auszüge zum Cashmanagement für die Monate Januar und Februar 2016 die aktuellen Beträge mit. Des Weiteren übergibt er den Mitgliedern eine Auflistung (Stand 29.2.2016) von der EAA über die derzeitigen Marktwerte der Swaps.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

SAM GmbH – CHF-Kredit

In der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses wurde sich darauf verständigt, keine Risikoanalyse zum CHF-Kredit durch die SAM erstellen zu lassen. **Abg. Rudolph** hinterfragt, wie mit dem CHF-Kredit jetzt weiter verfahren werden soll. Er ist der Meinung, wenn die Dienste von der SAM GmbH nicht in Anspruch genommen werden sollen, dann muss eine eigene Strategie her und stellt die Frage an die Mitglieder des Ausschusses, wie mit dieser Thematik jetzt weiter umgegangen

werden soll.

Abg. Koch merkt an, über die weitere Verfahrensweise im Umgang mit dem CHF-Kassenkredit in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 23.3.2016 zu beraten.
Damit erklären sich die Mitglieder einverstanden.

Abg. Rudolph hinterfragt bei Herrn Dr. Fehse, wie hoch die Zinsforderungen (letzter Stand 7,3 Mio €) der WestLB auf nicht geleistete Zahlungen beziffert werden können.

Dr. Fehse berichtet dazu im nicht öffentlichen Sitzungsteil.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Sitzungsteil wird beendet und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Die Tonaufzeichnungen sind im Ratsinfoportal eingestellt.

Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Matthias Rudolph
Stellv. Vorsitzender

Anke Marggraf
Schriftführerin